

**HESSISCHER LANDTAG**

04.12.2006

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen***Änderungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 16/6338 zu Drucksache 16/6011**

Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel: 03 Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft
Buchungskreis: 2430

Produktnummer lt. Leistungsplan: 1

Produktbezeichnung lt. Leistungsplan: Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene

Leistungsplan:	von EUR	Veränderung um EUR	auf EUR
Gesamtkosten	41.211.150	180.000	41.391.150

Erfolgsplan:

Pos. Lt. EP	Bezeichnung			
5-8	Betriebsaufwand			
6	- Bezüge	37.795.100	180.000	37.975.100

**Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Resthaushalt sind
entsprechend anzupassen.**

Begründung des Änderungsantrags:

Zur Finanzierung dreier zusätzlicher R1-Stellen bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität.

Wiesbaden, 04.12.2006

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir